

Gibt es ein Recht auf die Verweigerung von Integration?

Widersprüche und Scheinprobleme

Winfried Roth

Immer wieder wird auf tatsächliche oder vermeintliche Integrationsdefizite von Menschen ausländischer Herkunft in Deutschland hingewiesen. Thilo Sarrazin, Heinz Buschkowsky und viele andere erklären eine Verweigerung von Integration für geradezu verhängnisvoll.

Mehr Integration ist sicher wünschenswert. Allerdings erweisen sich viele der kulturellen oder sozialen Werte, an die Migranten und Migrantinnen sich anpassen sollen, schon lange als brüchig. Häufig übersehen auch die Kritiker die erfolgreiche Integration von vielen Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Werden womöglich Scheinprobleme konstruiert? Die Erfahrungen anderer Länder – von der Schweiz bis zu den USA – zeigen, dass auch erhebliche Distanz zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen ein friedliches und produktives Zusammenleben nicht ausschließt. Gibt es vielleicht sogar ein Recht auf Verweigerung? Sollte man mehr Gelassenheit versuchen?

Wie „deutsch“ sind die Deutschen?

Bei Integration geht es um Sprache und Kultur, um gesellschaftliche Grundwerte. Allerdings sind zentrale Werte, an denen Migranten und Migrantinnen sich orientieren sollen, einigermaßen fiktiv.

Wo findet ein gerade aus Argentinien oder aus Litauen angekommener Mensch eigentlich das „typisch Deutsche“? Die Vorstellung, es gebe auch in der Epoche von Ma-



Winfried Roth
Diplom-Volkswirt, freier Journalist

donna, George Lucas, Joanne Rowling, Armani oder Döner Kebap eine eigenständige deutsche Kultur, ist eine Fiktion. Das einzige „authentisch Deutsche“ zwischen Rostock und Freiburg ist heute wahrscheinlich die Sprache. Und selbst hier hat man es mit Ungewissheiten zu tun – schließlich sprechen längst nicht alle Deutschen Hochdeutsch.

Ansonsten existiert das „typisch Deutsche“ – von Martin Walser bis zu den Wilderker Herzbuben, vom Dirndl bis zur Aachener Nussprinte – nur noch als ein „Marktsegment“ unter vielen.

Schon in früheren Jahrhunderten bestimmten importierte Trends vielfach Kultur und Alltagsleben vom Bodensee bis zur Bernsteinküste – so wie deutsche Kultur andere Länder beeinflusste. Im Mittelalter und in der frühen Neuzeit waren Einflüsse aus Italien und Frankreich unübersehbar, unüberhörbar – in Kathedralen, Romanen oder Sonaten. Im 20. Jahrhundert faszinierten Spielfilme, Shows und populäre Musik aus den USA das Publikum immer mehr.

Am Anfang des 21. Jahrhunderts sind Musik, Literatur, Film, Design und selbst die Küche in Deutschland in einem historisch beispiellosen Maß internationalisiert. Die Kultur der Eliten und der breiten Bevölkerung weist vermutlich mehr Ähnlichkeiten mit den Vorlieben der US-Amerikaner, Briten oder Italiener von heute auf als mit der Kultur der Deutschen von 1950. Für westfälische Volkslieder, alemannische Bauernhausarchitektur, Richard Wagners Opern, Max Beckmanns Gemälde oder Heiner Müllers Dramen begeistern sich sehr viele ethnisch Deutsche – es könnte die Mehrheit sein – nur wenig oder gar nicht. Aber diese massenhafte Gleichgültigkeit löst keine politische Empörung und keine apokalyptischen Visionen aus.

Wenn in Dortmund oder München das Interesse an schwelgerischen Horrormanteln oder der Genuss von dröhnendem *Gangsta Rap* völlig okay sind – warum gilt dann das Betrachten plüschiger Familiensagas aus Kairo oder das Versinken in schwülen Liebesliedern aus Adana als Integrationsverweigerung?

Gelten „doppelte Standards“?

Vielleicht sind mit Blick auf Integration nicht kulturelle Sympathien entscheidend, sondern rechtliche und moralische Werte? Das Leben zwischen Kiel und Konstanz – so heißt es oft – bestimmen Ideen, die zurückgehen auf Christentum, Judentum und die Philosophie der Aufklärung.

Weniger als zehn Prozent der Deutschen gehen noch häufiger in die Kirche. An die Stelle des traditionellen Christentums treten unterschiedlichste esoterische Überzeugungen, Verknüpfungen etwa von christlichen und buddhistischen Ideen, religiöse Indifferenz – oder christlicher Fundamentalismus. Auch verdrängen rücksichtsloser Individualismus und der Wunsch nach kompromissloser Bereicherung weithin die „Werte der Aufklärung“.

Sind womöglich die vielen christlichen Fundamentalisten in Deutschland schlecht integriert? Aber das Zusammenleben mit ihnen betrachtet kaum ein Politiker als problematisch.

Die unzähligen Astrologie-Gläubigen, Okkultisten oder Anhänger ausgesprochen autoritärer esoterischer Ideen sehen sich ebenfalls nur selten mit kritischen Fragen konfrontiert. Warum erscheint dann der unauffällige, nicht offensiv gestimmte Islam, der von Marokko bis Indonesien in den Bevölkerungen überwiegt und den auch die weitaus meisten Muslime und Musliminnen in Deutschland leben, so vielen Deutschen so verdächtig oder sogar bedrohlich?

Unerfüllbare Ansprüche?

In den letzten zehn, fünfzehn Jahren in Gang gekommen ist eine – langsame, widersprüchliche – Entwicklung hin zu einer nicht mehr ethnisch bestimmten Gesellschaft von Demokratinnen und Demokraten zwischen Rügen und Schwarzwald.

Dennoch: mit Blick auf alltägliche Kommunikation, auf Kultur, auf politische Beteiligung gelten für Einheimische und Migranten auch heute weithin unterschiedliche Maßstäbe. Unzählige „ethnisch Deutsche“ verweigern sich einem an Gewaltlosigkeit und Gleichberechtigung orientierten Familienleben, interkultureller Offenheit oder demokratischem Engagement – das nimmt die etablierte Politik ohne Aufregung zur Kenntnis.

Viele Migranten suchen kaum Kontakt zu Einheimischen. Nur: umgekehrt ist es nicht anders. Auch bei Teilen der ethnisch *deutschen* Armutsbevölkerung fällt eine stumme Abwendung von Werten wie elementare Bildung oder Vertrauen in das Rechtssystem auf. Und die Einkommens- und Vermögenselite zwischen München und Hamburg schottet sich weithin vom Rest der Gesellschaft ab.

Ein eindrucksvolles Beispiel für „doppelte Standards“ waren die ersten Varianten des Einbürgerungstests, die Fragen zu Deutschlands Gebirgen, Musik oder Literatur enthielten, die sicher auch etliche Menschen mit deutschem Hintergrund nicht beantworten konnten. Vielen von diesen fehlt selbst *grundlegendes* Wissen über die Geschichte und das politische System ihres Landes, etwa ein Drittel beteiligt sich nie oder nur ausnahmsweise an Wahlen. Auf spürbarer Distanz zum Staat leben Hunderttausende oder Millionen verbissene christliche Fundamentalisten und entspannte Esoterikerinnen. Rechtsextrem eingestellt sind – je nach Definition – zehn bis zwanzig Prozent der Deutschen, auch wenn nur wenige die entsprechenden Parteien wählen.

Wenn doppelte Standards gelten, dann belasten Scheinprobleme die Integrationsdebatte.

Vertragen sich Differenz und Integration?

Ohne vollständige Integration der Migrantinnen und Migranten zerfällt Deutschland in Parallelgesellschaften – und geht vielleicht sogar zugrunde? Die Erfahrungen verschiedener Länder zeigen, dass zumindest sprachlich-kulturelle Geschlossenheit für ein friedliches Zusammenleben nicht notwendig ist.

In der Schweiz leben vier ethnische Gruppen schon lange einigermaßen problemlos – wenn auch territorial getrennt – in *einem* Staat, ohne sich kulturell oder auch nur sprachlich integriert zu haben. Italienischkenntnisse sind in Basel ebenso wenig selbstverständlich wie Deutschkenntnisse in Lugano. Auch der kulturelle Austausch zwischen den vier Landesteilen ist erstaunlich gering. Solche Integrationsdefizite haben den Aufstieg der Schweiz zu einem der reichsten Wirtschaftsstandorte nicht blockiert.

In den USA, Kanada und Australien koexistieren sichtbar abgegrenzte Milieus italienisch-katholischer, ukrainisch-orthodoxer, chinesisch-buddhistischer und vieler anderer Einwanderer ziemlich unkompliziert mit der vor allem von englischen und protestantischen Traditionen geprägten Mehrheitsgesellschaft. Wahrscheinlich hat die extreme Verschiedenheit die außergewöhnliche Innovationsfähigkeit der US-Ökonomie gefördert.

Der deutsche Staat hat die Rechte lange diskriminierter traditioneller – wenn auch sehr kleiner – Minderheiten anerkannt. Dänen und Sorben verfügen heute über eigene Schulen, Radioprogramme oder besondere politische Beteiligungsrechte.

Überall Defizite?

Auch wenn viele Forderungen an Migranten und Migrantinnen widersprüchlich und unhaltbar sind, auch wenn Integration nicht erzwungen werden darf – in vielen Fällen ist sie ausgesprochen wünschenswert. Mühelose sprachliche Verständigung und Informiertheit über kulturelle Traditionen der anderen erleichtern das alltägliche Zusammenleben. Ein Minimum an gemeinsamen Rechtsvorstellungen ist Voraussetzung für die Stabilität einer Gesellschaft.

Allerdings werden Integrationsdefizite nicht selten übertrieben dargestellt. Häufig unterscheiden Kritiker nicht zwischen militanter Verweigerung und gewöhnlichem Desinteresse. Vermutlich lehnen nur einige zehntausend Menschen Integration offensiv ab. Gleichzeitig werden Fortschritte oft übersehen, etwa das im Lauf der Jahrzehnte stark gestiegene Bildungsniveau der Migranten.

Integration ist nicht die Lösung aller Probleme. Thema Arbeitsmarkt: auch wenn Millionen Migranten entschlossen ihre Bildungsdefizite verringern, würde dadurch kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz entstehen. Thema Politik: perfekte Sprachkenntnisse und ein Hochschulabschluss garantieren ebenso wenig wie bei ethnisch Deutschen eine Identifikation mit demokratischen Grundwerten. Viele führende muslimische Fundamentalisten sind oder waren Akademiker – auch die Terroristen vom 11. September 2001, die zuvor als Studenten in Hamburg lebten.

Bei Integration sollte es – nach dem Modell der USA oder Kanadas – vor allem um die Aneignung *neuer* Fähigkeiten und Werte gehen. Integration schließt das Leben in zwei und mehr Sprachen und Kulturen nicht aus. Warum soll ein Migrant sich nicht heute jemenitische Balladen, morgen eine Brahms-Sinfonie und übermorgen Free Jazz aus Chicago anhören?

Die Impulse für Integration müssen natürlich von beiden Seiten kommen. Der fehlende Integrationswille der Mehrheitsbevölkerung – bis hin zu Verachtung oder Hass – wird in den Debatten oft ausgeblendet. Der deutsche Staat hat jahrzehntelang in seinen Schulen die Kinder der Migranten vernachlässigt, er hat Diskriminierung auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt geduldet, Einbürgerung erschwert und Integrationskurse erst 2005 eingeführt.

In den letzten Jahren sind eine Reihe positiver Veränderungen in Gang gekommen – etwa mit den Nationalen Integrationsplänen. In vielen Lebensbereichen werden Migranten und Migrantinnen selbstverständlicher akzeptiert als früher, vor allem in deutschen Großstädten ist längst eine vielfarbige neue Normalität entstanden.

Gefährdet Integrationsverweigerung die Zukunft Deutschlands?

Zu den Menschenrechten gehört das Leben von Differenz und damit auch von Verweigerung gegenüber der Mehrheit und ihrem Staat. Die religiösen Überzeugungen, die kulturellen oder sexuellen Vorlieben von Bürgerinnen und Bürgern gehen den Staat nichts an – selbst wenn sie auf den größten Teil der Gesellschaft unverständlich oder

abstoßend wirken. In einer Demokratie dürfen Menschen gewöhnlich die Beteiligung an Wahlen und den Wehrdienst verweigern. Verweigerung kann gleichzeitig Provokation und Wahrnehmung eines demokratischen Rechts sein. Jeder und jede hat auch das Recht, sich unvernünftig zu verhalten. Es gibt keine Pflicht, einen Beruf zu erlernen oder das Rauchen aufzugeben.

Eine freiheitliche Gesellschaft muss – will sie nicht ihre eigenen Werte aufs Spiel setzen – ein hohes Maß an Staatsferne und selbst Gesellschaftsferne akzeptieren. Innerhalb der deutschen Mehrheitsbevölkerung wird Millionen Dissidenten und Individualisten oder auch nur Exzentrikern und Sektierern das Recht auf Verweigerung einigermaßen selbstverständlich zugestanden. Grundsätzlich ist Integrationsverweigerung – innerhalb weiter Grenzen – für Migranten genauso legitim wie für ethnisch Deutsche. Wenn jemand, der in Deutschland lebt, die deutsche Sprache und die kulturellen Traditionen Deutschlands ablehnt, verhält er sich sicher dumm. Möglicherweise fällt er der Mehrheit auch lästig. Aber er begeht damit kein Delikt.

Zweifellos gibt es muslimische Migranten, die aus ihrem Glauben eine autoritäre Gesellschaftsordnung ableiten. Man muss aber nicht lange suchen, um christliche Gruppen mit ähnlichen Vorstellungen zu finden. Zu den – nach den Maßstäben einer Mehrheit – befremdlichen oder lächerlichen Lebensformen muslimischer Migrantinnen gehört das Tragen von Kopftüchern und Gesichtsschleiern (was verschiedenen Untersuchungen zufolge meist keineswegs Fundamentalismus ausdrückt). Wenn aber Distanz und Verweigerung legitim sind, müssen es auch ihre Symbole sein.

Verweigerung als Recht?

Welche Grenzen sollte es für die Verweigerung von Integration durch Migranten und Migrantinnen geben? Die Antwort ist einfach: die Grenzen, die auch für ethnisch Deutsche gelten.

Das heißt: wer Demokratie und Rechtsstaat beseitigen möchte, darf keine Chance dazu bekommen. Wer mit Gewalt droht oder Gewalt ausübt, muss sich vor Gericht wiederfinden. Das schließt Terrorismus genauso ein wie Gewalt gegenüber Familienmitgliedern.

Zwangsehen darf es nicht geben. Aber das Tragen eines Kopftuchs oder Gesichtsschleiern rechtfertigt Empörung nur, wenn es erzwungen ist. Eine Lehrerin mit Kopftuch sollte akzeptiert werden, wenn sie im Unterricht keine fundamentalistischen Vorstellungen propagiert.

„Islamische Strafgerichte“ würden das Gewaltmonopol des Staates berühren, daher darf es sie nicht geben. Freiwillige zivilrechtliche Schiedsverfahren dagegen – wie sie das deutsche Rechtssystem ohnehin vorsieht – müssten auch unter islamischen Vorzeichen möglich sein.

Aber wer nicht Deutsch sprechen will oder deutsche Kultur unsympathisch oder uninteressant findet, muss das Recht dazu haben. Solange jemand nicht gegen Gesetze verstößt, darf er oder sie nicht unter Druck gesetzt werden, sich mehr zu integrieren. Das gilt auf jeden Fall für Menschen, die bereits in Deutschland leben. Anders ist es mit denen, die erst nach Deutschland kommen wollen. Ihnen gegenüber hat der Staat sicher das Recht, Bedingungen zu stellen – etwa mit Blick auf Sprachkenntnisse oder Grundwissen über die deutsche Gesellschaft. Ob diese Bedingungen im Einzelnen sinnvoll sind, ist eine andere Frage.

Welche Risiken birgt eine Akzeptanz von Verweigerung? Wer gute Deutschkenntnisse für überflüssig hält, wer sich mit einem niedrigen Bildungsniveau seiner Kinder zufriedengibt, wem demokratische Beteiligung gleich ist, der schadet in erster Linie sich selbst und seiner Familie. Vermutlich schadet er oder sie zugleich der Demokratie, dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Aber solche Rechte billigt eine Demokratie ihren Bürgerinnen und Bürgern zu.

Versuch einer Bilanz

Mehr Nähe zwischen Menschen mit deutschem und ausländischem Hintergrund ist zweifellos für alle vorteilhaft. Für Integration – von beiden Seiten aus – sollte immer wieder geworben werden. Allerdings sehen sich Migranten und Migrantinnen oft mit höheren Ansprüchen konfrontiert als Einheimische. Gleichzeitig hat der Staat jahrzehntelang wenig für Integration getan. So bestimmten oft Scheinprobleme die Debatten.

Integration darf nicht erzwungen werden. Eine freiheitliche Gesellschaft hat Menschen deutscher wie nichtdeutscher Herkunft weitreichende Rechte auf Verweigerung zu garantieren – auch wenn das für die Mehrheit Nachteile bringt. Wer sich Integration verweigert, muss nicht auf die Nachsicht anderer hoffen – er macht von einem Recht Gebrauch. Die Erfahrungen verschiedener Länder zeigen, dass ein friedliches und produktives Zusammenleben auch „auf Distanz“, ohne sprachliche und kulturelle Geschlossenheit möglich ist.